

Frauen bezahlen zu viel für Tampons - weil es der Gesetzgeber so will

Wer in der Schweiz Tampons kaufen muss, der zahlt mehr Mehrwertsteuer als die Käufer von Katzenstreu und Viagra. Liebe Politiker und Gesetzgeber, das ist nicht euer Ernst, oder?

von Miriam Suter / 11.8.2018



Gehört gemäss Steuerverwaltung (und anders als Katzenstreu und Vogelsand) nicht zum alltäglichen Gebrauch: der Tampon.

Wann haben Sie sich zum letzten Mal etwas Luxuriöses geleistet? Teure Schuhe, Ferien in einem schönen Hotel mit allem Drum und Dran oder ein richtig gutes Abendessen auswärts zum Beispiel? Etwas, das Sie sich nur zu speziellen Anlässen gönnen?

Nun, bei mir war's meine letzte Periode. Ich benutze jedes Mal, wenn ich blute, Luxusgüter. Nicht, weil ich das so will, sondern weil ich muss. Und zwar lege ich mir keine Wärmflasche auf den Bauch, die mit Gold ausgekleidet ist, und ich hülle mich auch nicht in teure Seidenlaken, nein, ich verwende eine Menstruationstasse und ab und zu Tampons

und Binden.

Keine einzige Sekunde

Denn gemäss Auslegung der Eidgenössischen Steuerverwaltung handelt es sich hierbei nicht um Güter des täglichen Bedarfs, weshalb ein Mehrwertsteuersatz von 7,7 Prozent zur Anwendung kommt. Es gibt auf der Welt nie eine einzige Sekunde Alltag, in der keine Frau menstruierten würde. Die Frage, ob ein Tampon ein Gut für den täglichen Gebrauch sei, muss also als geradezu lachhaft bezeichnet werden.

Aber was gehört denn nun nach Ansicht der Eidgenössischen Steuerverwaltung tatsächlich zum alltäglichen Gebrauch? Beispielsweise Katzenstreu, Frischhaltemittel für Schnittblumen und Vogelsand. Diese Produkte des alltäglichen Bedarfs geniessen einen reduzierten Steuersatz von 2,5 Prozent. Ein Produkt, für das übrigens ebenfalls der reduzierte Steuersatz gilt, ist Viagra. Ein Potenzmittel wird vom Bund also als alltäglicher erachtet als Tampons. Das muss man, insbesondere als Frau, erst einmal sacken lassen.

Einmal im Monat eine Periode zu haben, ist an sich schon kein finanzielles Leichtgewicht, und diese Ausgaben betreffen ausschliesslich Frauen. Dazu ein kurzes Gedankenexperiment: Eine Frau hat eine monatliche Regelblutung von vier bis sieben Tagen pro Monat, und das während ungefähr 38 Jahren in ihrem Leben. Das sind zusammen zwischen fünf und fast neun Jahre Bluten am Stück.

Aber rechnen wir weiter. Gehen wir davon aus, dass pro Tag der Blutung durchschnittlich fünf Tampons benötigt werden: Eine handelsübliche Packung Tampons mit 32 Stück kostet im Schnitt fünf Franken, bei einer Periode mit vier Tagen Blutung pro Monat verbraucht eine Frau also nicht weniger als 285 solcher Packungen in ihrem Leben und bezahlt dafür 1425 Franken.

Wenn Männer menstruierten könnten...

....ja, was dann? Autorin und Feministin Gloria Steinem hat bereits 1978 einen Essay veröffentlicht, der auf ironische Weise der Frage nachgeht, wie die Welt aussähe, wenn Männer statt Frauen jeden Monat aus ihren Geschlechtsteilen bluten würden: Menstruation würde zu einem «wertvollen, beneidenswerten maskulinen Event: Männer geben damit an, wie lange und wie viel sie menstruieren», schreibt Steinem in ihrem Essay. Binden und Tampons würden gratis vom Staat zur Verfügung gestellt, und Phänomene wie PMS und Menstruationsschmerzen würden in eigens von der Regierung eingerichteten Forschungseinrichtungen untersucht, um Produktivitätsverluste durch monatliche Unpässlichkeiten der Männer zu bekämpfen.

Gloria Steinems «[If man could menstruate - a political fantasy](#)» ist eine frühe Widerlegung des hartnäckigen Vorurteils, Feministinnen seien humorlos.

Dazu kommen allenfalls noch Ausgaben für Schmerzmittel oder gar Arbeitsausfälle, wenn die Schmerzen unerträglich werden. Sicher, 1425 Franken sind jetzt kein astronomischer Betrag, aber erstens geht es hier ums Prinzip und zweitens sind 1425 Franken definitiv genug, um sich tatsächlich einen Luxusartikel zu leisten. Hygieneprodukte für Frauen nicht als Güter des täglichen Gebrauchs zu sehen, ist so offensichtlich ungerecht, es grenzt ans Absurde.

Denn wie soll eine Welt aussehen, in der Frauen auf Tampons und Binden im Alltag verzichten? In der Schweiz leben rund vier Millionen Frauen, die jährlich Steuergelder in die Staatskasse einzahlen, die für Männer schlichtweg nicht gelten. Hier wird mit einem natürlichen Vorgang Geld gemacht: Frauen bezahlen dafür, dass sie bluten. Und sie zahlen dank höherer Mehrwertsteuer noch obendrauf. Das ist nicht nur sexistisch, das ist, man kann es kaum anders sagen, geradezu frauenfeindlich.

Man stelle sich doch zur Abwechslung einmal eine Welt vor, in der Männer jeden Monat Hygieneprodukte benötigten, bloss aus dem Grund, weil sie einen Männerkörper haben - der Steuersatz wäre wohl bereits bei der Einführung der Produkte derjenige für alltägliche Güter gewesen.

Frausein ist teuer

Frauen bezahlen im Schnitt mehr als Männer. Dieses internationale Phänomen nennt man «Pink Tax», sie kommt vor allem in der Schönheitspflege zum Zug. Hier zahlen Frauen für die gleiche Menge mehr, die Verpackung sorgt dafür, dass das nicht auffällt. Anders beim Coiffeur: Hier bezahlt eine Frau schnell dreimal so viel wie ein Mann - auch bei kurzen Haaren. In New York, Miami und ganz Kalifornien ist dieses «Gender Pricing» mittlerweile sogar per Gesetz verboten.

Das Thema Tamponsteuer ist nicht neu, es wurde bereits vor zwei Jahren diskutiert. Den Anstoß dazu lieferte damals das feministische Kollektiv «Aktivistin.ch», das mit einer Guerilla-Aktion auf den Missstand aufmerksam machte: [Die Gruppe färbte verschiedene Brunnen in Zürich mit roter Farbe ein.](#)

Damals traten unter anderem die Berner Stadträtin Leena Schmitter und die SP-Nationalrätin Mattea Meyer für eine Abschaffung der Blutsteuer ein. Dass in der Schweiz aber noch immer nicht breit über die Tamponsteuer und deren Abschaffung diskutiert wird, könnte auch daran liegen, dass im Nationalrat nicht genug Menschen sitzen, die das Anliegen als dringlich erachten: Der Frauenanteil beträgt gerade einmal 33 Prozent, im Ständerat sind es gar nur magere 7 Prozent.

Fairerweise muss man sagen, dass es ein Mann war, der im Dezember 2016 die Motion «Reduzierter Mehrwertsteuersatz für grundlegende Hygieneartikel» einreichte - es waren aber dann eben auch grösstenteils Männer, die ihm einen Strich durch die Rechnung machten.

Der SP-Politiker Jacques-André Maire bat den Bundesrat damals, den Steuersatz für «Artikel für die grundlegende Körperhygiene» anzupassen - neben Windeln und WC-Papier also auch für Tampons und Binden. Darauf einen erhöhten Steuersatz anzuwenden, sei «paradox und befremdlich».

Wie bei Schuheinlagen

Der Bundesrat sprach sich mit dieser Begründung gegen die Motion aus:
«Von einer Diskriminierung der Käuferinnen und Käufer dieser Produkte kann nur dann gesprochen werden, wenn vergleichbare Produkte reduziert besteuert werden. Dies ist bei den Hygieneartikeln nicht der Fall. Es liegt auch keine Diskriminierung vor, wenn nur ein Teil der Bevölkerung solche Produkte benötigt. Denn ansonsten müssten beispielsweise auch die Käuferinnen und Käufer von Brillen oder von Schuheinlagen als diskriminiert gelten.»

Ende Februar 2018 lehnte der Nationalrat die Motion schliesslich auf Empfehlung des Bundesrats hin ab. Das Bedürfnis nach Tampons und Binden mit dem nach Brillen und Einlegesohlen zu vergleichen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen in der Schweiz. Die Hälfte der Bevölkerung in diesem Land wird mit einem Körper geboren, der einmal im Monat blutet. Und wer blutet, braucht die entsprechenden Hygieneprodukte. Diese Diskriminierung scheint auf Bundesebene als irrelevant, als nicht existent zu gelten.

«Ein Potenzmittel wird vom Bund also als alltäglicher erachtet als Tampons.»

Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie Kanada, Irland und Kenya. Hier wurde die Steuer auf Hygieneprodukte für Frauen abgeschafft. Australien will dem Beispiel folgen. Dort hat der Senat im Juni dieses Jahres einen entsprechenden Gesetzesentwurf verabschiedet, nun müssen auch noch die Regierung und die einzelnen Bundesstaaten zustimmen. Und Städte wie New York oder Edinburg gehen noch einen

Schritt weiter und verteilen immer wieder kostenlose Hygieneprodukte an Frauen, die sie sich nicht leisten können.

Allerdings: Alle diese Länder haben die Steuer erst abgeschafft, nachdem Frauen sich öffentlich beschwert hatten. [In Deutschland läuft zurzeit die Petition «Periode ist kein Luxus»](#) zur Senkung des Steuersatzes von 19 auf 7 Prozent, gestartet von zwei jungen Hamburgerinnen. Seit Anfang Juli haben bereits über 78 000 Menschen unterschrieben.

Klar ist also: Veränderungen funktionieren über Sichtbarkeit, über Aufzeigen der Problematik und Durchhaltewillen. Wenn ich mir also bei meiner nächsten Periode meine krampflösenden Schmerzmedikamente reingezogen habe, meine monatlichen PMS-Depressionsschübe überwunden und mich aus dem Bett gequält und mir wieder einmal meine Luxus-Menstruationstasse eingeführt habe, wäre das ein guter Zeitpunkt, eine Petition für die Schweiz ins Leben zu rufen. Wenn es bis dahin niemand von Ihnen getan hat.

Newsletter

Lassen Sie sich mittwochs und freitags von der Redaktion informieren und inspirieren. [Jetzt abonnieren](#)
